

Die Weltmächte in der Geschichte

Wird China die neue Führungsmacht?

Auch wenn man diese blutige Tatsache gerne übersehen mag, so sind im Laufe der Geschichte, sehr wohl auch der jüngeren, Veränderung weltpolitischen Ausmaßes stets durch kriegerische Auseinandersetzungen ausgelöst und ermöglicht worden. Ob die von manchen bereits herbeigeschriebene Ablösung der aktuellen Weltmacht USA durch China ebenfalls auf diese Weise geschehen wird, ist fraglich, hängt aber nicht zuletzt auch vom Willen des bisherigen Dominators zu einer friedlichen Wachablöse ab. Ob der Rest der Welt, z.B. auch Europa, doch noch Einfluss nehmen kann und will, ist ebenfalls fraglich.

Von **Wendelin Ettmayer**

Das Staatensystem zu Beginn der Neuzeit

Seit Beginn der Neuzeit haben sich die Weltmächte, die die internationale Ordnung bestimmt haben, einander immer wieder abgelöst. Alle jene Fragen, die innerstaatlich durch eine Verfassung geregelt werden, werden international im Rahmen einer Weltordnung festgelegt; also wer welche Kompetenzen hat; wie die Macht aufgeteilt wird; welche Regeln es gibt; und wer diese Regeln bestimmt. Dass dabei die Großmächte die Ziele vorgeben, liegt auf der Hand. Interessant ist auch, dass grundlegende Entscheidungen meist nicht entsprechend dem Völkerrecht getroffen wurden, sondern dass vielmehr machtpolitische Ergebnisse entscheidend dafür waren, was als Völkerrecht angesehen wird.

Dabei haben immer wieder Kriege in einem ganz entscheidenden Ausmaß die Stellung der Staaten, auch die jeweilige Weltmachtstellung, bestimmt. Außenpolitik war Machtpolitik. Macht war vor allem militärische Macht. Diese wiederum stand im Zusammenhang mit der Zahl der Bevölkerung eines Landes, seiner wirtschaftlichen Stärke, seinen Ressourcen und dem Stand der Technik. In diesem Sinne schrieb Wolfgang Windelband, dass die Selbstständigkeit der Staaten, der Kampf zwischen ihnen, die Grundlage war, auf der das europäische Staatensystem entstanden ist.¹

Vom Anfang an kann man verfolgen, durch wen und für wen das Völkerrecht geschaffen wurde und geschaffen wird. Wenn

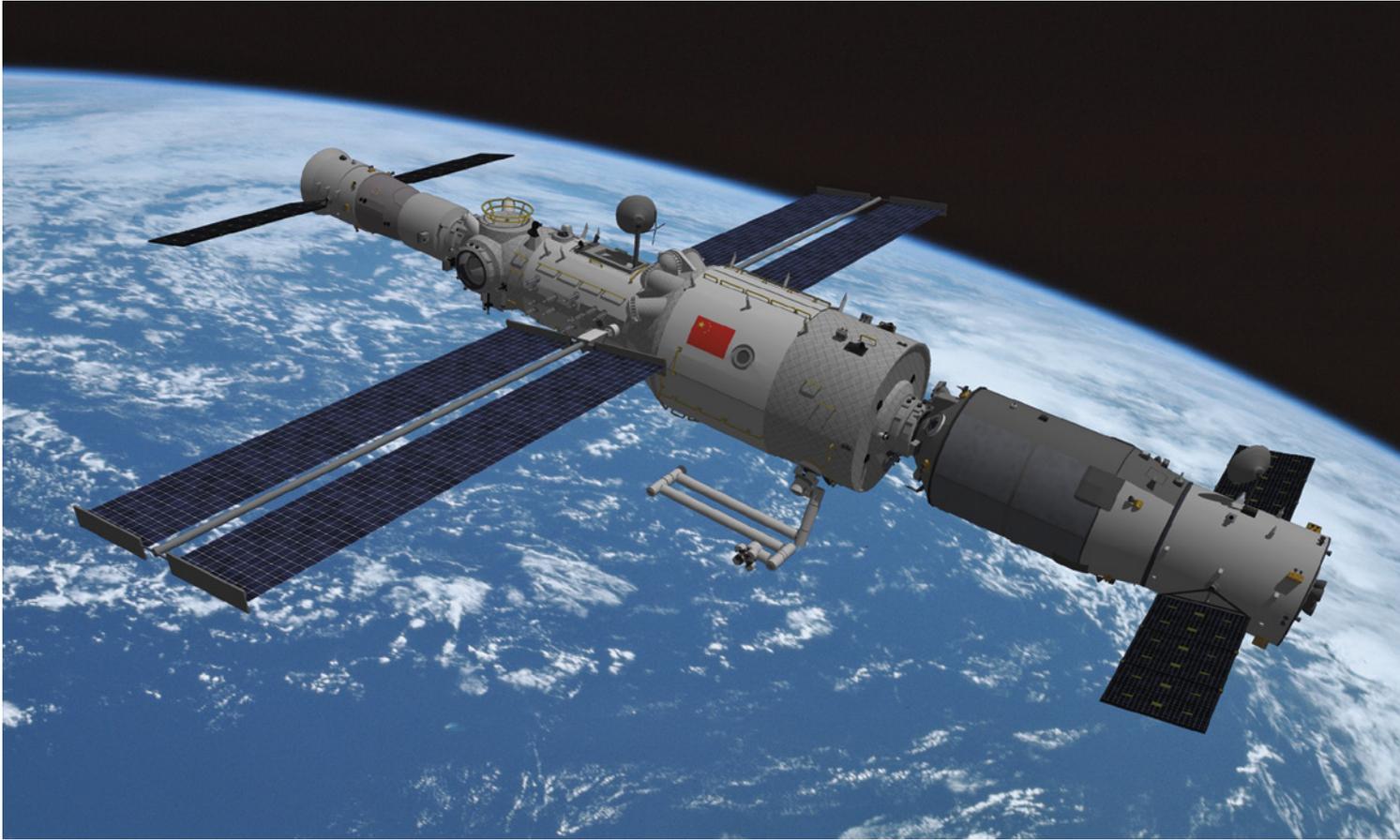
ein jedes Gesetz bis zu einem gewissen Grad ein Interessensausgleich ist, dann ist das Völkerrecht in einem ganz entscheidenden Ausmaß ein Ausdruck der Machtverhältnisse, von der Herausbildung der „Souveränität der Staaten“ bis zu den Beschlüssen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen. Immer wieder haben mächtige Staaten für sich selbst neue Regeln aufgestellt. In diesem Sinne hat auch der Generalsekretär der Vereinten Nationen, António Guterres, vor der letzten Generalversammlung der Organisation erklärt: „Das internationale Finanzsystem wurde von den Reichen für ihre eigenen Interessen geschaffen“.² Institutionen des Völkerrechts haben sich meist erst dann durchgesetzt, wenn die realpolitischen Tatsachen bereits geschaffen waren.

Im Mittelalter glaubte die europäische Christenheit an die Universalmonarchie. Der Kaiser und der Papst waren die Stellvertreter Gottes auf Erden und mussten als solche von Fürsten und Untertanen anerkannt werden. In diesem Sinne sah sich noch Karl V (gestorben 1558) als universeller Herrscher. Tatsächlich schuf er ein Reich, „in dem die Sonne nie unterging“, aber seine Herrschaft wurde schon in zahlreichen Kriegen angefochten, insbesondere vom französischen König Franz I.

Diese Entwicklung nahm Jean Bodin (gestorben 1596) als Grundlage für seine Lehre von der „Souveränität der Staaten“. Demnach konnte ein jeder Herrscher innerhalb seiner Grenzen

¹ Wolfgang Windelband; *Die auswärtige Politik der Großmächte in der Neuzeit (1494-1919)*, Berlin 1925

² *Le Monde diplomatique; Qui fabrique le droit international ?*; Mai 2023



3D-Darstellung der bemannten Raumsonde Shenzhou 12, angedockt an Tianhe – dem Kernmodul der chinesischen Raumstation.

die höchste Macht ausüben. Auch sind alle Staaten gleich und keiner übergeordneten Macht mehr unterworfen. Das war ein ganz wesentlicher Unterschied zum Mittelalter, als nur der Kaiser und der Papst die höchste Autorität darstellten.

Im Westfälischen Frieden, der 1648 den 30-jährigen Krieg beendet hat, wurde diese Entwicklung auch rechtlich verankert. Innerhalb des Heiligen Römischen Reiches wurde eine Unzahl von souveränen Fürstentümern geschaffen, die von sich aus Allianzen schließen und Kriege führen konnten. Der Krieg war damit, im Sinne von Carl von Clausewitz, „die Verlängerung der Politik mit anderen Mitteln“.

Im 30-jährigen Krieg kamen noch andere Wesensmerkmale der internationalen Beziehungen deutlich zum Tragen, wie Realpolitik und Staatsräson. Obwohl dieser Krieg in einem ganz entscheidenden Ausmaß ein Kampf der Protestanten gegen die Katholiken unter Führung des habsburgischen Kaisers war, kämpfte Frankreich, regiert vom katholischen Kardinal Richelieu, auf der Seite der Protestanten. Im Sinne der Staatsräson bestimmten eben nationale Interessen die Außenpolitik, nicht der Glaube. Und wenn es um Interessen des Staates ging, galten eigene Gesetze: töten wurde zu einer Heldentat und zerstören ein wesentlicher Teil eines Sieges. Im Bereich der Realpolitik findet eben eine Umkehrung der Werte statt: Verhaltensweisen, die im privaten Bereich auf das schärfste verurteilt werden, gelangen zur höchsten Ehre, wenn sie der Macht des Staates dienen. Auch wenn diese Verhaltensweisen schon in den Heldenepen der Antike aufschienen, das sich nun herausbildende Völkerrecht hat sie zu Beginn der Neuzeit festgeschrieben.

Auch ein anderer Grundsatz des Völkerrechts, der sich damals herausbildete, ist machtpolitisch begründet: das Recht der „freien

Seefahrt“, welches Hugo Grotius in seinem Buch „Mare Liberum“ 1609 verankert hat. Demnach war das Meer ein internationales Territorium, das jeder Nation offenstand. Engländer und Holländer sollte nunmehr freien Zugang zum Handel auf den Ozeanen haben, nicht nur Spanier und Portugiesen, zwischen denen vorher der Papst im Vertrag von Tordesillas (1494) die Welt aufgeteilt hatte.

Sieben große Kriege schaffen jeweils eine neue Weltordnung

In den letzten 300 Jahren gab es sieben entscheidende Kriege, die zum Teil schon als Weltkriege auf drei oder mehreren Kontinenten ausgetragen wurden: Der Spanische Erbfolgekrieg; der Große Nordische Krieg; der Siebenjährige Krieg; die Napoleonischen Kriege; der Erste Weltkrieg; der Zweite Weltkrieg sowie der Kalte Krieg.

Dabei gab es verschiedene Gründe für diese Kriege: Wenn der Machtanspruch eines Staates auf diplomatischem Wege nicht mehr durchgesetzt werden konnte; wenn ein Herrscher versuchte, die Vorherrschaft in der Region oder über die ganze Staatengemeinschaft zu übernehmen; wenn sich revisionistische Kräfte gegen das bestehende Gleichgewicht erhoben. Nach den Kriegen folgten Friedenskonferenzen. Eine neue internationale Ordnung verankerte ein neues Kräfteverhältnis zwischen den Staaten. Soldaten und Diplomaten lösten einander in der Gestaltung der Machtverhältnisse ab.

Solange Realpolitik und Gleichgewichtdenken die Kriege und die darauffolgenden Konferenzen prägten, wurde ein Ausgleich zwischen den Parteien, zwischen Siegern und Besiegten gesucht. Kriege waren eben auch das „Spiel der Könige“. Durch die Französische Revolution wurde der König durch das Volk als Souverän abgelöst. Damit bekamen die nunmehr vom Nationalismus getra-

genen Kriege eine ideologische Dimension. Jetzt unternahm jede kriegsführende Nation die größten Anstrengungen, den Gegner zu vernichten. Es wurde wesentlich schwerer, nach einem Krieg einen Ausgleich zu finden. Mit dem Todfeind, dem absolut Bösen, ist ein Kompromiss nicht mehr möglich.

Der Spanische Erbfolgekrieg (1701-1714) war das Modell eines Krieges zur Erhaltung des Gleichgewichts in Europa. Während dieses Gleichgewicht auf dem Kontinent hergestellt wurde, erfolgte der Ausbau Englands zur Seemacht und zu seiner Weltmachtstellung. Worum ging es? Mit dem Tod von Karl II im Jahre 1700 ist die spanische Linie der Habsburger ausgestorben. Der Kaiser in Wien, Leopold I, wollte nun, dass sein Sohn Karl das spanische Erbe antritt, während sein Sohn Josef das österreichische übernehmen sollte. Ludwig XIV trat für seinen Enkel Philipp von Anjou als neuen spanischen König ein.

England und Holland unterstützten zunächst die Habsburger gegen Frankreich, wobei die Mittel für den Krieg im englischen Parlament ausdrücklich „zur Aufrechterhaltung des europäischen Gleichgewichts“ bewilligt wurden. Es ging darum, den weiteren Ausbau der Vormachtstellung Frankreichs auf dem Kontinent zu verhindern.

Dann geschah aber folgendes: Leopold I ist 1705 gestorben, wie geplant tritt sein Sohn Joseph I sein österreichisches Erbe an. Als dieser aber dann 1711 starb, entstand eine völlig neue Situation. Nunmehr wären Spanien und die österreichischen Erbländer unter Karl in einer Hand gewesen. Diese neue Situation war für England unakzeptabel, das nunmehr die Seiten wechselte und Frankreich unterstützte. Mit dem Frieden von Utrecht (1713) wurde der französische Kandidat Philipp V König von Spanien; Spanien war allerdings keine Großmacht mehr und musste die Vorherrschaft auf den Ozeanen England abtreten. Ein Wesenszug der englischen Außenpolitik wurde deutlich: Gekämpft wurde immer für Werte und Ideale. Nach der Schlacht von Höchstädt (1704), erklärte der siegreiche englische Feldherr, John Churchill, 1. Duke of Marlborough, „We did it for the Liberty of Europe“. Nach dem Krieg erhielten die Engländer aber auch das Monopol über den transatlantischen Sklavenhandel.

Durch den Großen Nordischen Krieg (1700-1721) wurde Schweden von Russland als Großmacht in Osteuropa und im Baltikum abgelöst. Der Krieg war auch eine persönliche Auseinandersetzung zwischen dem Schwedenkönig Karl XII und Zar Peter I. Nach anfänglichen russischen Verlusten siegte der Zar 1709 in der Entscheidungsschlacht von Poltawa. Welche Zwitterstellung dabei die Ukraine einnahm, war noch in den 1990er Jahren ersichtlich. Vor dem auf dem Schlachtfeld errichteten Museum dominierte das überlebensgroße Standbild des Zaren, der die Schlacht gewonnen hatte. Bei der Führung im Museum war aber dann Mazeppa der Held, der Anführer der Kosaken, der mit seinen Mannen auf der Seite der Schweden gekämpft hatte. Wie stark dieser Krieg die Lebensverhältnisse in Russland prägte, ist daraus ersichtlich, dass damals 82 % der Staatseinnahmen für den Krieg ausgegeben wurden. Vom Zaren durchgeführte Reformen zielten entscheidend darauf ab, die militärische Schlagkraft seines Landes zu erhöhen.

Im Siebenjährigen Krieg (1756-1763) kämpften Österreich und Frankreich auf der einen Seite gegen England und Preußen. Mit den Friedensverträgen von Hubertusburg und Paris kam es zu ganz entscheidenden Machtverschiebungen in Mitteleuropa und in Nordamerika. Preußen bekam Schlesien und stieg auf zur Großmacht; Frankreich hingegen verlor alle seine Besitzungen in Kanada. England verdankte seinen Sieg der Überlegenheit seiner Flotte auf den Meeren; Österreich verlor in diesem Krieg 303.000 Mann und 82.000 Pferde. Sowohl in Nordamerika als auch in Europa

wurden die Weichen für eine neue Weltordnung gestellt.

Nach den Revolutionskriegen und den Kriegen Napoleons brachte der Wiener Kongress (1814/15) eine Neuordnung Europas. Zunächst hatte die Französische Revolution zu unerwarteten Siegen geführt. Das neue Selbstbewusstsein der Bürger hat das Nationalbewusstsein kräftig gestärkt und die französischen Armeen zu unerwarteten Siegen geführt. Aus den „Kriegen der Könige“ wurden die Kriege zwischen den Nationen. Dann hat Napoleon das europäische Gleichgewicht gründlich erschüttert. Ihm ist es gelungen, aus der französischen Armee, die 1789 lediglich aus 180.000 Mann bestand, ein Heer von über 1 Million Soldaten zu bilden.

Am Wiener Kongress kam man unter Führung des österreichischen Staatsmanns Clemens von Metternich überein, das europäische Gleichgewicht wieder herzustellen, das dann bis zum Krim-Krieg 1853, aber letztlich bis zum Ersten Weltkrieg bestand. Darüber hinaus gelang es Metternich, Österreich als führende Macht sowohl im Deutschen Bund als auch in Italien zu etablieren. Was ihm nicht gelang, war, mithilfe der „Heiligen Allianz“ die Welt zum Stillstand zu bringen. Demokratiebewegungen sollten, wo immer sie auftraten, niedergeschlagen werden. Die Revolutionen von 1848/49 demonstrierten, dass diese Bemühungen gescheitert waren.

Als 1914 der Erste Weltkrieg ausbrach, glaubten wohl die meisten Beteiligten, in alten Denkmustern verhaftet, der Krieg würde die anstehenden Probleme lösen. Die Mächte der Entente mobilisierten mit 40,7 Millionen Soldaten Massenheere, die Mittelmächte brachten es auf 25,1 Millionen Soldaten. Auf beiden Seiten war die Kriegsführung, geprägt vom nationalistischen Zeitgeist, auf Vernichtung des Gegners ausgerichtet.

1916 führte der amerikanische Präsident Woodrow Wilson seinen Wahlkampf noch unter dem Motto, er wolle die USA aus dem Krieg in Europa heraushalten. Als aber dann die Rückzahlung an England gewährten Kriegskrediten durch deutsche Siege gefährdet erschien, trat man doch 1917 auf der Seite der Alliierten in den Krieg ein. Dies allerdings offiziell nicht wegen der gefährdeten Darlehen, sondern „to end all wars“ und „to make the world safe for democracy“. Engländer und Amerikaner kämpften eben immer um Werte, für das Gute gegen das Böse.

Durch den Ersten Weltkrieg wurde die bis dahin bestehende Weltordnung erschüttert: Europa wurde stark geschwächt; die Mitte Europas wurde zerstört. Im Gegensatz zum Wiener Kongress wurden die Verlierer bei den Friedensverhandlungen nicht mehr eingebunden. Der Böse sollte eben bestraft werden und nicht am Verhandlungstisch sitzen. Damit konnte aber auch das im Rahmen des Völkerbundes errichtete System der kollektiven Sicherheit nicht funktionieren. Dieses hätte vorausgesetzt, dass alle daran teilnehmen und eine entsprechende Verantwortung tragen. John Maynard Keynes hat damals schon die kritische Frage gestellt, wie erfolgreich Konferenzen im Medienzeitalter sein können, wenn es vor allem um Propaganda, kurzfristige Interessen und die nächsten Wahlen geht.

Die derzeitige Weltordnung geht in wesentlichen Grundzügen auf das Ende des Zweiten Weltkrieges zurück, wo die Alliierten unter Führung der USA neue Ziele festsetzen konnten. In einer sehr inspirierenden Atmosphäre in Dumbarton Oaks, einem vornehmen Landsitz im Villenviertel Georgetown von Washington D.C., dachte man darüber nach, wie in Zukunft der Friede in der Welt gesichert werden könnte. Nach den Erfahrungen des „New Deal“, die zeigten, wie man eine Wirtschaftskrise überwinden kann, wurden mit den Vereinten Nationen nicht nur eine Organisation zur Sicherung des Friedens geschaffen, sondern mit dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank auch Institutionen, die der wirt-

schaftlichen Entwicklung dienen sollten. Darüber hinaus sollten mit dem GATT die internationalen Handelsbeziehungen geregelt werden. 1948 wurde, nach der moralischen Erschütterung durch die Gräueltaten im Zweiten Weltkrieg, die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ von den Vereinten Nationen verabschiedet.

Die Vereinigten Staaten von Amerika erzeugten damals 60 % der Weltwirtschaftsproduktion; der Dollar wurde die Leit- und Reservewährung für die ganze Welt. Uns im Westen brachte dieses System Wohlstand und ermöglichte den Wiederaufbau; die USA hatten dadurch den Vorteil, das Geld drucken zu können, welches sie brauchten. Allerdings zeigte sich sehr bald, dass die in der Charta der Vereinten Nationen festgehaltenen Ideale in dieser Form nicht umgesetzt werden konnten. Es kam zum Kalten Krieg, die Aufteilung Europas in Ost und West; 1949 wurde die NATO gegründet.

Die neue Weltordnung nach dem Kalten Krieg

Die USA haben den Kalten Krieg total gewonnen: 1989 kam es zum Fall der Berliner Mauer; 1991 brach die Sowjetunion zusammen; der Sieg des Westens war absolut. Frances Fukuyama sprach vom Ende der Geschichte, weil sich westliche Werte von Demokratie und Marktwirtschaft überall durchgesetzt hätten. In diesem Sinne rief Präsident Bush (Vater) eine „neuen Weltordnung“ aus, in der die USA die Regeln festlegten und die Gesetze des Handelns bestimmten. Dabei ging es nicht nur um die Gestaltung der internationalen Beziehungen, sondern auch darum, wie die inneren Verhältnisse von Staaten gestaltet werden sollten. Mit verschiedenen Initiativen hinsichtlich „Regime change“ und „Nation building“ konnten nunmehr auch die inneren Angelegenheiten eines Landes zu militärischen Interventionen führen.

Dann kam es zu zwei entgegengesetzten Entwicklungen, die bis heute bestimmend sind: Mit der Globalisierung entstanden neue Machtzentren. Länder, die bisher nur eine untergeordnete Rolle spielten, wurden stärker. Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika, eben die BRICS-Staaten, stehen für diese Entwicklung. Gleichzeitig setzten sich in den USA die Neo-Konservativen als bestimmende Kraft in der amerikanischen Außenpolitik durch. Ihre zentrale Forderung war und ist, dass die USA alles tun müssten, um die alleinige Führung in der Welt zu behaupten, auch mit militärischen Mitteln.

Aber warum sollten die neu aufstrebenden Staaten an einer Weltordnung festhalten, die, wie die Zusammensetzung des Sicherheitsrates zeigt, in einer Zeit gebildet wurde, als Indien noch eine britische Kolonie und ganz Nordafrika von Frankreich besetzt war? Damals erzeugte China gerade 2 % der Weltwirtschaftsproduktion, heute 20 %. Und Ende 2022 war die Wirtschaftsleistung der BRICS-Staaten mit 32,7 % der Weltproduktion bereits höher als jene der G7, also der sieben größten westlichen Industrieländer. Und während nach dem Zweiten Weltkrieg New York, London und Paris die größten Metropolen der Welt waren, scheint heute keine amerikanische oder europäische Stadt unter den 10 größten Millionen Städten der Welt auf.

Wird China die neue Führungsmacht?

In der Ausgabe vom 13. Mai dieses Jahres stellt der „Economist“ die Frage, ob China bereits am Höhepunkt seiner Entwicklung angekommen ist und revidiert gleichzeitig Vorhersagen vergangener Jahre, wonach das „Reich der Mitte“ die USA vor allem wirtschaftlich bereits in den nächsten Jahren überholen würde. Wie immer man auch diese neue Beurteilung Chinas bewertet, Tatsache ist, dass das Land während der letzten vier Jahrzehnte einen eindrucksvollen Aufschwung genommen hat. Auch wenn



die USA und Europa im gleichen Zeitraum wirtschaftlich ebenfalls stark zugenommen haben, sind sie gegenüber China relativ zurückgefallen. Dieser dramatische Aufstieg hat als Grundlage die wirtschaftliche Entwicklung, wirkt sich aber auch auf die militärische Stärke und auf die Ausgaben in den Bereichen Forschung und Entwicklung aus. Dabei ist auch von Bedeutung, dass Peking mit Xi Jinping einen ausgesprochen machtbewussten Präsidenten hat, der gleichzeitig Generalsekretär der Kommunistischen Partei und auch Vorsitzender der Zentralen Militärkommission ist. Sein Machtbewusstsein kommt auch dadurch zum Ausdruck, dass die bisherige Regelung, ein Präsident könne nur einmal wieder gewählt werden, aufgehoben wurde. Xi erklärte am 20. Parteitag der KP, China solle bis 2049 die führende Macht in der Welt werden.

Der wirtschaftliche Aufstieg Chinas lässt sich mit Zahlen leicht belegen: Vor nur 20 Jahren lag sein Anteil an der Weltproduktion bei lediglich 3,6 %, heute bei 20 %. Entsprechend dramatisch war die Entwicklung der Exporte. Im Jahr 2000 betrug diese \$ 253 Milliarden, 2021 bereits \$ 3553 Milliarden. China hat Deutschland und die USA als Exportweltmeister abgelöst und wurde 2021 auch wichtigster Handelspartner der Europäischen Union. Dramatisch waren auch die Auswirkungen der wirtschaftlichen Entwicklung innerhalb Chinas. Hunderte Millionen von Menschen konnten aus der Armut geführt werden; im Jahre 2000 betrug das jährliche Durchschnittseinkommen eines Chinesen bei einem internationalen Konzern 3 % von dem eines Amerikaners auf einem vergleichbaren Arbeitsplatz; 2019 waren es 16 %.

Chinesische Unternehmen sind heute bereits Marktführer in wesentlichen Bereichen wie e-Commerce, bei der Solarenergie, bei Elektroautos; und sind sehr stark bei Robotern oder im Bereich der Künstlichen Intelligenz. Ausdruck findet diese neue wirtschaftliche Stärke Chinas im gigantischen Projekt der „Neuen Seidenstraße“, der „One Belt, One Road Initiative“. Durch gigantische Investitionen in die Infrastruktur, in Eisenbahnen und Straßen, in den Ausbau von Häfen, soll China über Seewege und Straßen mit weiten Teilen der Welt verbunden werden. Dabei geht es auch

um eine stärkere wirtschaftliche Zusammenarbeit mit mehr als 100 Ländern, um einen Abbau der Zollschranken und um eine Koordination der Wirtschaftspolitik. Manche sehen in diesem Projekt sogar den Versuch Peking, ein eigenes Weltreich aufzubauen. Auch wenn ein derart gigantisches Projekt mit Rückschlägen verbunden sein muss, etwa dann, wenn eingebundene Länder ihre Schulden nicht bezahlen können, muss man doch damit rechnen, dass die durch die „Neue Seidenstraße“ ausgelöste Dynamik für China eine neue Dimension der internationalen Wirtschaftsbeziehungen eröffnet.

Was die militärische Stärke des Landes betrifft, so hat China in den letzten Jahren stark aufgerüstet. Liegen die Militärausgaben mit \$ 300 Milliarden im Jahr noch weit unter den \$ 800 Milliarden des amerikanischen Militärbudgets, so demonstrieren sie doch den Willen, militärische Herausforderungen anzunehmen. Und davon gibt es einige. Dass das Festland und Taiwan eine staatliche Einheit bilden, ist keine kommunistische Erfindung. Nach seiner Niederlage im Bürgerkrieg ist Tschiang Kai Tschek auf die Insel geflohen und hat darauf bestanden, dass nach wie vor das ganze Land im Parlament in Taipeh vertreten wird. Auch der Sitz bei den Vereinten Nationen war mit dem Anspruch, dass Taiwan ganz China vertritt, verbunden.

Seit Washington 1971 die Regierung in Peking anerkannt hat, ist es zu mehreren Entwicklungen gekommen: Taiwan entwickelte sich zunehmend zu einem Land mit größerer Selbstständigkeit, mehr Nationalbewusstsein und einer beeindruckenden wirtschaftlichen Stärke. Die USA fördern diese Entwicklung. Aber gleichzeitig betont der chinesische Präsident Xi, dass er die volle Wiedervereinigung anstrebt, ja dass die volle Eingliederung von Taiwan eine nationale Priorität darstellt. Unklar ist, wie weit die militärische Unterstützung der USA geht; sehr klar hingegen ist, dass die Auseinandersetzung um Taiwan ein ganz entscheidendes Ereignis bei der Entwicklung hin zu einer neuen Weltordnung ist.

Bei der Auseinandersetzung im Südchinesischen Meer geht es einmal um die Benützung von Inseln als Militärbasen, vor allem aber auch um die Souveränität über das eine Insel umgebende Meer. Ein vor einigen Jahren gefällter Schiedsspruch ist gegen Peking ausgegangen, und zwar mit der Begründung, dass die umstrittenen Spratley Inseln gar keine Inseln sind. Somit stellt sich die Frage, ab wann kann ein Streifen Land als Insel bezeichnet werden? Ein Völkerrechtler erklärte dazu, diese Frage könne ganz einfach beantwortet werden: „Mein Felsen im Wasser ist eine Insel, Deiner nur ein Steinehaufen“. Für Rechtsstreit in der Region und damit verbundenen Spannungen ist also auch in Zukunft gesorgt.

Seit Präsident Barack Obama seine „Hinwendung zu Asien-Politik“ ausgerufen hat, hat das politische und militärische Interesse für den gesamten Indo-pazifischen Raum enorm zugenommen. Betrug die Militärausgaben in Asien und im Pazifik im Jahr 2000 gerade 17,5 % der weltweiten Militärausgaben, so waren sie bis 2021 auf 27,7 % angestiegen, und das ohne die Einbeziehung Nordkoreas. Die USA haben ihrerseits mit Militärbündnissen zusammen mit den Quad-Staaten (USA, Japan, Indien und Australien) und im Rahmen von AUKUS (Australien, Kanada, USA) geantwortet. Jedenfalls wird sich die Neuordnung der Welt in einem ganz entscheidenden Ausmaß auch im Indo-pazifischen Raum abspielen.

Wie hart der Technologiekrieg geführt wird, konnte man unlängst in der New York Times unter der Überschrift „The tech cold war is upending wireless carriers“.³ Da konnte man lesen, dass in den USA ein „rip and replace“ Programm beschlossen wurde, wonach der „Federal Communication Commission“ die Auf-

gabe übertragen wurde, zu überwachen, dass Mobilfunkanbieter im Telekommunikationsbereich überall chinesische Erzeugnisse herausnehmen und durch andere ersetzen. Die dafür zur Verfügung gestellten \$ 1,9 Milliarden reichen aber bei weitem nicht aus, wodurch sich diese Operation erheblich verzögert. Es ist vielleicht Zufall, dass auf derselben Seite unter der Überschrift „In China, another consulting firm raided“ berichtet wird, dass die chinesische Regierung es ausländischen Firmen erschwert, Daten zu speichern. Das natürlich auch aus Sicherheitsgründen.

Insgesamt kann man sagen, dass die USA heute nach wie vor politisch, militärisch und wirtschaftlich die stärkste Macht der Welt sind. Ohne Amerika können die Probleme der Welt nicht entschieden und nicht gelöst werden. Aber andererseits sind die USA in unserer multipolaren Welt nicht mehr in der Lage, alleine alle Probleme zu lösen. Dennoch hat man immer wieder den Eindruck, dass sie auf diesem alleinigen Führungsanspruch bestehen. Das kommt auch immer wieder durch die Sprache zum Ausdruck, wenn von der „internationalen Gemeinschaft“ dort die Rede ist, wo Amerikaner und Europäer Entscheidungen treffen. Tatsächlich machen sie aber nur mehr 10 % der Weltbevölkerung aus. Die entscheidende Frage ist nun, wie lange andere Staaten diese Vorherrschaft noch akzeptieren.

Für Europa stellt sich die Frage, wieweit sich unsere Länder am Krieg der USA gegen China beteiligen sollen. Nachdem Amerika durch den Krieg in der Ukraine lange angestrebte Ziele verwirklichen konnte, wie etwa die Unterbindung der Energieimporte aus Russland, werden bereits Stimmen laut, dieselbe Vorgangsweise gegenüber China anzuwenden. Taiwan wird aufgerüstet, die Militärbasen rund um China werden verstärkt, und gleichzeitig wird den Europäern dringend geraten, die Wirtschaftsbeziehungen zu China „aus Sicherheitsgründen“ zu verringern. Professor Stephen Kotkin von der Princeton University ist einer der Wortführer dieser Politik, die in den USA zunehmend an Unterstützung gewinnt. Tatsächlich war in der Vergangenheit der Übergang von einer Weltordnung zur anderen stets durch Kriege und Konflikte geprägt. Die entscheidende Frage ist daher, ob uns auch jetzt ein großer Krieg bevorsteht. 

Dr. Wendelin Ettmayer, ehemaliger Abgeordneter zum Nationalrat; Botschafter; Autor.

www.wendelinettmayer.at, E-Mail: <wendelin.ettmayer@gmail.com>

³ *The New York Times*; Mai 11 2023